Rede zum HH 2024

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen,

erlauben Sie mir, dass ich mich zunächst an den Herren aus unserer Sicht rechts außen wende. Herr Jakobs, Sie und Ihre Mitarbeiter haben mit höchster Akribie und großem Fleiß den diesjährigen Haushalt aufgestellt. Einen Haushalt, bei dem Ihnen täglich klar war, dass trotz aller Sorgfalt am Ende als Ergebnis ein gewaltiges Negativum von 32 Millionen prognostizierter Ist-Verschuldung vorliegt. Es zeichnet Sie aber aus, dass Sie nicht in Fatalismus verfallen sind. Im Gegenteil: wenn es darauf ankam, haben Sie in schier unendlicher Geduld auf Fragen und Vorschläge aus den Reihen des Stadtrats reagiert und Ihre fachlich fundierte Meinung dargelegt – und dies meistens sogar in nicht zu schneller Rede. Wir möchten ihnen hierzu unseren Dank aussprechen. Zu beneiden sind Sie bestimmt nicht, denn immerhin zeichnet sich ja jetzt schon ab, dass die Haushaltslage in den nächsten Jahren eher noch schlechter als besser wird. In Ihrer Anfrage an die Regierung von Mittelfranken zur Haushaltsgenehmigung vom 2. November haben Sie bereits darauf hingewiesen, dass für den diesjährigen Haushalt ein enormer Fehlbetrag besteht, "der nur durch Inanspruchnahme der Allgemeinen Rücklage ausgeglichen werden kann." Es sieht nicht gut für die kommenden Jahre aus; denn weiter führen Sie aus: "Notwendige Investitionen für Sanierungsmaßnahmen oder Erneuerungsbauvorhaben müssen auf die Zeit nach dem mittelfristigen Finanzplanungszeitraum 2027 verschoben werden". Und: "Spätestens im Jahr 2027 wird der Haushaltsausgleich nur unter erheblicher Kostenminimierung möglich sein."

Immerhin, ein Haushaltsausgleich ist unter der notwendigen "Plünderung" unserer Rücklagen und durch eine enorme Kreditaufnahme, die natürlich die nächsten Haushalte auch wieder belastet, gelungen. Viele Wünsche der einzelnen Fraktionen (auch unserer) fanden keine Mehrheit oder mussten auch zurückgezogen werden. Aber immerhin: Die freiwilligen Leistungen, die das Leben in der Stadt bunter und lebenswert machen, wurden nicht gestrichen. Darüber sind wir sehr erfreut und dies verdient **ein besonderes Lob.**

Nun zu unseren Anträgen:

--Um die Finanz**masse** – Masse kann man eigentlich nicht sagen – besser: um den finanziellen **Spiel**raum – das geht ja auch nicht! Also um den Finanz**rahmen** der Stadt für das nächste und die weiteren Jahre zu erweitern, stellten wir den Antrag, den Hebesteuersatz der Gewerbesteuer von 380 auf 400 Prozent zu erhöhen.

Es war ein hartes Stück, aber nach dem Motto: was lange währt...

Am 28. September 2022 wurde im Stadtrat beschlossen, unseren Antrag zu verschieben.

Am 22. Juni diesen Jahres stellten wir unseren Antrag erneut.

Am 17. Oktober wurde er im HWFA behandelt und mit 9:6 Stimmen abgelehnt. Herr Oberbürgermeister Deffner verwies in diesem Zusammenhang darauf, dass auch die Möglichkeit besteht, die Abstimmung bis zum Haushalt zu vertagen - und stimmte gegen unseren Antrag.

Eine Woche später: erneute Abstimmung im Stadtrat. Jetzt mit 19 Ja- und 19 Nein-Stimmen, darunter leider wieder die des Oberbürgermeisters, erreichte er nicht die notwendige Mehrheit.

Vor zweieinhalb Wochen, am 16. November, stand unser Antrag erneut zur Abstimmung und diesmal siegte unter Mitwirkung des OB die Vernunft. Und wie ich schon vorher sagte: Was lange währt…wurde endlich gut! Ich nehme an, zur Freude des Kämmerers. Er geht von einem Mehr in Höhe von 1.103 Millionen € im nächsten Jahr und weiteren leichten Steigerungen in den kommenden Jahren aus.

Damit dauerhaft Geld in die Kasse kommt, wollten wir neben der Gewerbesteuer auch die Grundsteuer B moderat erhöhen. Im Vergleich der 25 kreisfreien Städte in BY liegt hier die Stadt AN mit einem Hebesatz von 380 an **drittletzter** Stelle. Der Mittelwert von 431 spricht ein deutliches Zeichen, dass die Stadt hier noch Einnahmepotential hat. Eine Erhöhung um 400 oder 420 Punkte wäre aus unserer Sicht angemessen. Leider wurde unser Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Wie anfangs erwähnt, prognostiziert der mittelfristige Investitionsplan eine Handlungsunfähigkeit der Stadt bis spätestens 2027. Das muss dringend vermieden werden. Neben Sparen wäre auch hier eine weitere Verbesserung der Einnahmesituation (Grundsteuer B) hilfreich gewesen.

--Unser weiterer wichtiger Antrag, die 2. Stufe der Kitagebühren-Erhöhung auszusetzen und damit die ursprünglich angekündigte Verzichtserklärung Wirklichkeit werden zu lassen, fand zu unserer Freude und der Eltern eine Mehrheit.

Der Trägerausgleich für ANregiomed wird weiter ansteigen. Wie lange wir das aushalten bleibt fraglich. Aber einfach die Zahlung einstellen erscheint uns vor dem Hintergrund der anstehenden Krankenhausreform nicht angeraten. Wir wollen das Ansbacher Krankenhaus auch in der Zukunft als Schwerpunktversorger erhalten. Eine Zahlungsunfähigkeit können wir uns zum jetzigen Zeitpunkt nicht erlauben.

Wir anerkennen jedoch ausdrücklich das Bemühen der BAP um Verbesserung der Zustände am Klinikum. Wir haben zum Thema eine PE verfasst, weil wir der Überzeugung sind, dass der Freistaat seinen gesetzlich vorgeschriebenen Zahlungen bei den Investitionskosten nicht nachkommt.

Von Klimakatastrophe und Artensterben als den beiden größten Herausforderungen unseres Planeten ist im Haushalt nur wenig zu finden. Wir wollten mit unserem Antrag zum Biotopund Pflegemanagement wenigstens einen kleinen Einfluss auf den Erhalt der von der Stadt verwalteten Flächen nehmen. Die Stadt unternimmt hier so gut wie gar nichts. Und so wird der alarmierende Zustand für Deutschland auch in Ansbach weitergehen: 70% der natürlichen Lebensräume sind gefährdet, **über 40**% der einheimischen Tierarten sind bedroht, **3**% sind bereits ausgestorben. Schade, dass diese Erkenntnis bei der Mehrheit im Stadtrat kein Gehör gefunden hat

Als Fazit ist festzustellen:

Nochmals: Der Ansbacher Haushalt 2024 stellt eine gewaltige Herausforderung dar. Zusätzliche Ausgaben (ohnehin nur in kleinem Umfang) können nur durch Verbesserung der Einnahmesituation ermöglicht werden.

Da sind gute Ideen gefragt und gemeinsame Anstrengungen von Nöten. Wir haben deshalb bei den Beratungen den festen Willen zur Zusammenarbeit bei allen demokratischen Parteien erwartet. Aber wir mussten feststellen: So fest war der Wille doch nicht vorhanden. Sticheleien und Häme traten zwischendurch doch immer wieder auf. In den vergangenen Jahren haben wir dem HH meist nicht zugestimmt – zu gering war der Wille zum nachhaltigen Sparen. Unsere Mahnungen zur Zurückhaltung und Ausgabendisziplin wurden stets abgewiesen, ganz so, als gäbe es kein Morgen.

Diesmal ist trotz unseres abgelehnten Antrags, 50.000€ für eine unnötige Ampelanlage zu streichen, notgedrungen ein gewisser Sparwille zu erkennen. Außerdem wurden zwei unserer drei wichtigen Anträge angenommen.

Andererseits stellt der HH einen immens hohen Schuldenberg in Rekordhöhe dar. Eine Ablehnung erscheint uns da aus der Sicht einer Oppositionsfraktion sehr naheliegend.

Mit unserer Entscheidung: **Zustimmung zum HH** wollen wir ein Zeichen setzen. Wir bieten unsere Bereitschaft zur Zusammenarbeit an, die Stadt bei der Bewältigung einer schweren Krise zu unterstützen.

Unsere Zustimmung zum HH verbinden wir mit einem nochmaligen Dank an Herrn Jakobs und seine Mannschaft. Wir wünschen Allen in der Verwaltung und Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen eine schöne Adventszeit, Frohe Weihnachten und dann für uns alle ein Gutes Neues Jahr.